

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 16/4408

Der Ministerpräsident
des Landes
Schleswig-Holstein
Staatskanzlei

Der Ministerpräsident | Staatskanzlei
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Die Beauftragte für
Minderheiten und Kultur

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Vorsitzende des Europaausschusses
Frau Astrid Höfs, MdL
Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Mein Zeichen: BMK – 177.010.2 - 2009-

Caroline Schwarz
caroline.schwarz@stk.landsh.de
Telefon: 0431 988-1858
Telefax: 0431 988-1970

17. Juni 2009

Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV)

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

der Europaausschuss hat sich in seiner 54. Sitzung am 3. Juni 2009 über die Arbeit der FUEV und deren aktuelle finanzielle Probleme unterrichten lassen. In diesem Zusammenhang hatte der Ausschuss um ergänzende Unterlagen gebeten.

Die FUEV hat mir zwischenzeitlich umfangreiche Materialien zur Weiterleitung an den Ausschuss zukommen lassen. Die Unterlagen sind beigelegt.

Außerdem übersende ich Ihnen das Schreiben des Ministerpräsidenten an die Bundeskanzlerin. Die drei schleswig-holsteinischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben ebenfalls Schreiben mit der Bitte um Unterstützung erhalten.

Mit freundlichen Grüßen

Jwe
Caroline Schwarz

Caroline Schwarz
Beauftragte für Minderheiten und Kultur

Anlagen

- Schreiben der FUEV vom 12.06.09
- Vermerk zur aktuellen Situation der FUEV vom 30.03.09
- Graphische Übersicht einiger finanzieller Eckdaten
- Schreiben des Ministerpräsidenten an die Bundeskanzlerin vom 20.05.09

Hinweis: Die ersten drei Anlagen sind bereits unter der Umdrucknummer 16/4399 an den Europaausschuss verteilt worden



Der
Ministerpräsident
des Landes
Schleswig-Holstein

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Frau Bundeskanzlerin
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

20. Mai 2009

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die Situation der nationalen Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland, gilt - gerade auch in europäischer Perspektive - als vorbildlich. Die Bonn-Kopenhagener Erklärungen und die aktive Minderheitenpolitik von Bund und Land haben dazu maßgeblich beigetragen.

In Ihrer Rede am 4. September 2008 anlässlich der Fachtagung „Zwei Jahrzehnte Politik für Aussiedler und nationale Minderheiten“ in Berlin haben Sie den Schutz und die Förderung autochthoner Minderheiten als „unabdingbares Wesensmerkmal unseres demokratischen Selbstverständnisses“ gewürdigt. Auch Ihr kürzlich geführtes Gespräch mit den Repräsentanten der nationalen Minderheiten zeigt den besonderen Stellenwert, den Sie der Minderheitenpolitik beimessen. Die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) hat durch ihren Präsidenten Hans Heinrich Hansen, einem deutschen Nord-schleswiger, der viele Jahre der deutschen Minderheit in Dänemark vorgestanden hat, daran teilgenommen.

Wir sind in Schleswig-Holstein froh darüber, dass mit der FUEV der größte Dachverband der autochthonen Minderheiten in Europa - mit 84 Mitgliedsorganisationen in 32 europäischen Ländern - sein Sekretariat in Flensburg unterhält. Die FUEV ist ein wichtiges Sprachrohr der Minderheiten in Europa und ein guter Botschafter für die Minderheitenpolitik Deutschlands. Der FUEV ist es im vergangenen Jahr gelungen, gemeinsam mit dem

Europäischen Parlament ein Dialogforum der Minderheiten am Europäischen Parlament zu etablieren.

Die FUEV steht derzeit in ernststen Schwierigkeiten. Zu den institutionellen Förderern gehören unter anderem Dänemark, Ungarn, der Freistaat Sachsen, das Land Schleswig-Holstein, die Autonome Provinz Bozen-Südtirol, die Autonome Region Trentino-Südtirol und das Land Kärnten. Die EU-Kommission hat sich leider erneut gegen eine institutionelle Förderung der FUEV entschieden. Für den laufenden Haushalt ergibt sich dadurch ein strukturelles Defizit in Höhe von 60.000 Euro.

Durch die nicht gesicherte institutionelle Förderung der FUEV ist auch eine Gefährdung des Standorts in Flensburg nicht auszuschließen. Uns ist es ein wichtiges Anliegen das Sekretariat FUEV in Flensburg zu erhalten. Es wäre daher eine große Unterstützung, wenn die Bundesrepublik Deutschland - vergleichbar mit Dänemark und Ungarn - als dritter Nationalstaat diese wichtige europäische NGO zukünftig institutionell mitfordern würde.

Die FUEV ist bereits mit einem Schreiben an den Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Herrn Staatssekretär Dr. Christoph Bergner, im Herbst des vergangenen Jahres und mit Schreiben vom 23. Februar 2009 an das Kanzleramt herangetreten. Ich möchte Sie daher bitten, sich für die FUEV zu verwenden.

Mit freundlichen Grüßen
Gez. Peter Harry Carstensen